— die gerichtliche Entscheidung in ihren Auswirkungen die einheitliche und richtige Gesetzesanwendung und Strafpolitik stört.

Diese Voraussetzungen begründen nicht erst in zusammenhängender Weise die Kassationsbedürftigkeit. Dies kann zwar der Fall sein, jedoch können gerichtliche Entscheidungen auch dann kassationsbedürftig sein, wenn nur einzelne Voraussetzungen vorliegen.

Davon ausgehend liegt eine konkrete Kassationsbedürftigkeit grundsätzlich dann vor, wenn

- statt einer Verurteilung ein Freispruch erfolgen muß;
- der Freispruch des Angeklagten fehlerhaft ist — abgesehen von geringfügigen Straftaten, wenn diese längere Zeit zurückliegen und der Täter sich in der Zwischenzeit bewährt hat, wobei jedoch die Rechte der durch die Straftat geschädigten Bürger ausreichend gewährleistet sein müssen;
- eine weitere Sachaufklärung erforderlich ist, um bestehende, sich aus dem Urteil, aus der Beweisaufnahme und dem Ermittlungsverfahren ergebende Zweifel an der Schuld eines Verurteilten oder an der Schuldfähigkeit eines zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Jugendlichen zu beseitigen;
- einem Freigesprochenen die Erstattung der notwendigen Auslagen ungerechtfertigt vorenthalten worden ist und er dadurch einen nicht vertretbaren materiellen Nachteil erleidet;
- trotz des Vorliegens der Voraussetzungen für eine notwendige Aufhebung (§ 300 StPO) oder trotz Vorliegens der Rechtskraft einer Entscheidung dies im Rechtsmittelverfahren nicht beachtet wurde und dadurch dem Verurteilten Nachteile entstanden, deren Vermeidung zu einer für den Verurteilten günstigeren Entscheidung hätte führen können;
- das Rechtsmittelgericht trotz Berufung bzw. Protest zugunsten des Angeklagten auf eine höhere Strafe als in erster Instanz erkannt hat;
- statt einer Freiheitsstrafe eine Strafe ohne Freiheitsentzug auszusprechen ist;
- einem ungerechtfertigt milden Strafausspruch eine Verkennung der Schwere der Straftat zugrunde liegt und die erkannte Strafe mit der wirksamen Kriminalitätsbekämpfung nicht vereinbar ist;
- die Strafe im Verhältnis zur Tat stark überhöht ist.

Von der Kassation ist abzusehen, wenn die Entscheidung nicht kassationsbedürftig ist. Aus der Praxis der Gerichte ergeben sich folgende Kriterien, die im Einzelfall die Kassationsbedürftigkeit ausschließen können:

- Der Angeklagte wurde nach Art und Höhe der Strafe zu milde bestraft. Er hat jedoch nach der Verurteilung durch sein Verhalten im Arbeitsprozeß, seine sonstige gesellschaftliche Tätigkeit, die Wiedergutmachung des evtl. angerichteten Schadens zu erkennen gegeben, daß er die erforderlichen Lehren gezogen hat und das Vertrauen seiner Kollegen bzw. Mitbewohner wieder gewonnen hat und durch die feste Eingliederung in den Arbeitsprozeß oder in ein anderes Kollektiv evtl. auch durch Übernahme einer Bürgschaft die Gewähr geboten ist, daß die erforderliche Umerziehung und Selbsterziehung des Täters erfolgt und positive Ergebnisse sichtbar sind, d. h. daß sich der Prozeß